

# Gegen «Schnellschüsse»

*Ständerat zur Strafrechtsrevision*

*fon. Bern* · Anders als der Nationalrat, der sich in der Sommersession für eine rasche Änderung und Verschärfung des strafrechtlichen Sanktionensystems ausgesprochen hatte, wehrt sich der Ständerat gegen «Schnellschüsse» in diesem Bereich. Am Donnerstag hat er verschiedene vom Nationalrat überwiesene Motionen, die vom Bundesrat unter anderem die Aufhebung der bedingten Geldstrafe oder die Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen verlangen, in unverbindliche Prüfungsaufträge umgewandelt. Namens der Kommission führte Hermann Bürgi (Thurgau, svp.) aus, dass zwar eine eingehende Analyse des neuen, 2007 in Kraft getretenen Systems angezeigt sei, namentlich in Bezug auf die kurzen Freiheitsstrafen, die bedingten Strafen und das Verhältnis zwischen Bussen und Geldstrafen. Diese Arbeiten, die der Bundesrat bereits beschlossen habe, müssten aber in Ruhe und ohne inhaltliche Vorgaben stattfinden können.

Die Debatte zeigte, dass die Ständeräte die verbreitete Kritik am Sanktionensystem nicht teilen. Die Vorlage sei von Verwaltung und Parlament in jahrelanger Arbeit ausgestaltet und nicht übers Knie gebrochen worden, hiess es etwas trotzig. Die neue Regelung müsse sich zuerst über einen gewissen Zeitraum bewähren können und dürfe nicht vorschnell «aus dem hohlen Bauch heraus» abgeändert werden, betonte der Urner CVP-Ständerat Hansruedi Stadler. Er wurde darin von mehreren Kollegen unterstützt. Zudem sei nicht einfach alles falsch, was man vor ein paar Jahren beschlossen habe. So enthalte etwa die (faktische) Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafe durchaus auch Positives, indem der Täter nicht zum Abbruch seiner sozialen Beziehungen gezwungen werde, sagte Stadler. Einzig This Jenny (Glarus, svp.) und Werner Luginbühl (Bern, bdp.) störten etwas die ständerätliche Eintracht, indem sie darauf pochten, dass die offensichtlichen Mängel des Gesetzes zu beheben seien.

Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf stellte sich ebenfalls dem Vorwurf entgegen, dass das Strafrecht heute zu large sei. Dennoch rechtfertigte sich eine genaue Prüfung des neuen Sanktionensystems, gerade auch mit Blick auf kritische Rückmeldungen aus den Kantonen. Man sei in ihrem Departement intensiv an der Arbeit und werde dem Parlament anschliessend in sich geschlossene Änderungen unterbreiten. Ebenfalls in Vorbereitung sei die Vorlage betreffend die Harmonisierung der Strafraumen. Die entsprechende Vorlage war bereits für diesen Herbst angekündigt worden (NZZ 18. 11. 09).